



Ulla Jelpke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Inge Höger
Mitglied des Deutschen Bundestages

Annette Groth
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ulla Jelpke, Inge Hoeger, Annette Groth, MdB, Platz der Republik 1,
11011 Berlin

**Ausschuss für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe**

Berlin, 28. 10. 2016
Bezug: Parlamentarier
schützen Parlamentarier
Anlagen:

Annette Groth, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 3.034
Telefon: +49 +30/227-77207
Fax: +49 30/227-76207
annette.groth@bundestag.de

Ulla Jelpke, MdB:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 3.092
Telefon: +49 30 227-71252
Fax: +49 30 227-76751
ulla.jelpke@bundestag.de

Inge Hoeger
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 3.034
Telefon: +49 30 227- 74330
Fax: +49 30 227- 76339
inge.hoeger@bundestag.de

Appell zur Menschenrechtslage in der Türkei

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Brand, sehr geehrte Kolleginnen
und Kollegen,

Wir sprechen Sie hier als Mitglieder des
Menschenrechtsausschusses und des Programms „Parlamentarier
schützen Parlamentarier“ an. Wir befinden uns in großer Sorge über
die aktuelle Lage in der Türkei. Die Menschenrechtsorganisation
Human Rights Watch berichtete am 24.10. über schwere Folter in
türkischen Gefängnissen und Polizeistationen - die Zivilgesellschaft
in der Türkei ist massiven staatlichen Angriffen ausgesetzt.

So wurden in den Abendstunden des 25.10. die beiden Ko-
Bürgermeister der kurdischen Metropole Amed (Diyarbakir) Gültan
Kışanak und Firat Anlı und die Sprecherin der Dachorganisation der
Freien Frauen, die Anwältin Ayla Akat Ata festgenommen und
inhaftiert. Über sie wurde eine fünftägige Kontaktsperre verhängt.
Anlı und Kışanak waren bei den Kommunalwahlen 2014 mit knapp
55% Stimmanteil für die Friedens- und Demokratie Partei BDP
gewählt worden. Beide wurden unter dem Vorwurf der
Mitgliedschaft in der PKK inhaftiert. Ein typischer Vorwurf mit dem
sich die Türkei jegliche Opposition vom Hals zu schaffen versucht.

Es ist zu befürchten, dass die Großstadt Diyarbakir nun wie 28
weitere Städte in den letzten drei Monaten unter Zwangsverwaltung
durch die AKP Regierung gestellt wird. Die abgesetzten



Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieser Kommunen von 24 dieser Ortschaften gehören der BDP an. Der Großteil der Stadtverwaltungen in der kurdischen Region der Türkei befindet sich unter der Verwaltung der Partei der Demokratischen Regionen (Die DBP ist ein Teil der HDP). Die türkische Regierung versucht offensichtlich die Präsenz jeglicher Opposition in den Rathäusern wie auch auf der Straße mit aller Gewalt beenden zu wollen. Dies stellt einen massiven Angriff auf den demokratischen Willen der Bevölkerung dar. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der Türkei brauchen unseren Schutz. Deswegen appellieren wir an Sie insbesondere als Mitglieder des „Programms Parlamentarier schützen Parlamentarier“ zu zeigen, dass die Demokratinnen und Demokraten in der Türkei nicht alleine sind. Die Bundesregierung muss endlich Stellung beziehen und diese schweren Verletzungen demokratischer Rechte gegenüber der Türkei thematisieren und in diesem Sinne Druck auf den türkischen Staat ausüben.

MdB Annette Groth (Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe),

MdB Inge Höger (Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe),

MdB Ulla Jelpke (stellvertr. Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe)